



Grimme
Institut

Statements

Freie Meinungsbildung im Netz? Medienregulierung im digitalen Zeitalter

Der klassische Rundfunk nimmt als Leitmedium eine zentrale Rolle ein. Doch die Präsenz und Nutzung des Internets schaffen eigene, neue Realitäten. Das überbordende Angebot prägt zunehmend unsere Informationskultur. Dabei schafft Vielzahl noch keine Vielfalt. Demokratische Gesellschaften brauchen aber Vielfalt, benötigen Qualitätsjournalismus. Hier ist eine zeitgemäße Medienregulierung gefordert. Worauf kommt es hierbei an? Es antworten Prof. Dr. Helge Rossen-Stadtfeld, Dr. Marc Jan Eumann, Dr. Tobias Schmid, Dr. Per-Erik Wolff, Dr. Lutz Köhler, Ruth Hieronymi, Dr. Frauke Gerlach und Prof. Dr. Erika Bock-Rosenthal.

Medienregulierung im digitalen Zeitalter: Worauf es ankommt ...

Prof. Dr. Helge Rossen-Stadtfeld

Professor für öffentliches Recht an der Universität der Bundeswehr München

... Dass Gesellschaft sich in ihren Medien über sich selbst, über ihr Woher und ihr Wohin verständigen kann, wie das die Verfassung erwartet.

... Dass dabei auch nur Mögliches, ganz Anderes und noch Ortloses immer wieder neu ent-deckt wird.

... Dass Public Service-Medien solche Ent-Deckung professionell ermöglichen, fördern und sicherstellen.

... Dass Public Service-Medien instand gesetzt werden, diese Funktion uneingeschränkt zu erfüllen.

... Dass Public Service-Medien einer funktionsgemäßen Kontrolle unterliegen und die Qualität ihrer Leistungen funktionsgemäß bewertet werden kann.

... Dass auf diese Weise insgesamt sichergestellt ist, dass auch im Kommunikationsraum Internet freie Meinungsbildung möglich bleibt.

Dr. Marc Jan Eumann

Staatssekretär bei der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW

Die Medienpolitik hat meines Erachtens zwei wichtige Aufgaben. Erstens: Schaffung eines Medienökosystems, das die Herstellung hochwertiger Inhalte ermöglicht. Zweitens: Zugang und Auffindbarkeit sicherstellen. Über das Internet stehen mehr Inhalte zur Verfügung als je zuvor. Jeder kann schreiben, Videos drehen, Radio machen. Dies hat enormes kreatives Potential und ist eine großartige Chance für die freie Meinungsbildung. Was eine Demokratie aber braucht, sind auch weiterhin professionelle Medien, die in dem Dschungel an Informationen eine Orientierung bieten. Hierzu gehört für mich vor allem guter Journalismus. Darüber hinaus wird es immer wichtiger, Inhalte auch zu finden. Wir müssen daher den chancengleichen Zugang von Anbietern zum Nutzer und vom Nutzer zum Inhalt sicherstellen. Hierbei wird auch die Frage der Auffindbarkeit immer wichtiger.



Grimme
Institut

Dr. Tobias Schmid

Vorstandsvorsitzender Verband Privater Rundfunk und Telemedien e.V. (VPRT)

Die heutige Regulierung und das Instrumentarium der Vielfaltsicherung entsprechen nicht mehr den digitalen Realitäten und Marktparametern. Aktuelle Wettbewerbsbehinderungen im internationalen und nationalen Umfeld müssen beseitigt werden. Besonders für den Rundfunk ist das Rechte-Pflichten-Verhältnis aus den Fugen geraten. Die konvergente Medienregulierung sollte zur Schaffung eines fairen Wettbewerbs Abstand von der Sonderregulierung „Rundfunk“ nehmen und auf alle audiovisuelle Medien Anwendung finden. Dabei erscheint es sinnvoll zu prüfen, inwieweit nicht gut gesetzte ordnungspolitische Unterstützung für bestimmte Inhalte (z.B. Nachrichten) an die Stelle des heutigen repressiven Systems treten können. Dabei muss eine zukunftsfähige Lösung gefunden werden, die zentrale Schutzgüter (wie z.B. Jugendschutz, Menschenwürde) respektiert, aber sinnlos gewordene Bereiche entschlackt aufstellt, wie vor allem Werberegulierung.

Dr. Per-Erik Wolff

Referent Medienpolitik im ARD-Generalsekretariat

... Auf eine an der Relevanz von Inhalten für die Meinungsbildung orientierte Medienregulierung, die proaktiv und gattungsübergreifend Gefährdungen für die Meinungsvielfalt begegnet. Das heißt unter anderem:

- Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein flexibler, entwicklungsöffener Auftrag, um auch in der künftigen Medienwelt unabhängig vom Übertragungsmedium ein „trusted guide“ für die Nutzer sein zu können;
- rundfunkspezifische Schutzmaßnahmen, damit meinungsbildungsrelevante Inhalte weiterhin für jedermann zugänglich, leicht auffindbar und vielfältig vorhanden sind (z. B. Regulierung von Plattformen und Netzneutralität);
- eine horizontal und vertikal vernetzte Regulierung, welche die relevanten Rechtsmaterien an die Entwicklungen der konvergenten Medienwelt anpasst.

Dr. Lutz Köhler

Leiter der Abteilung Medienpolitik beim ZDF

Um die freie Meinungsbildung in der digitalen Welt zu sichern, ist es notwendig, dass der Gesetzgeber weiter aktiv das Ziel der Vielfaltssicherung verfolgt. Wirksame Regelungen zum Daten-, Jugend- und Verbraucherschutz und zur Verhinderung von Medienkonzentration bleiben wichtig. Zusätzlich ist es geboten, dass der Gesetzgeber den diskriminierungsfreien Zugang von Inhalten auf Plattformen sowie Netzneutralität sicherstellt und das Urheberrecht modernisiert. Damit der öffentlich-rechtlichen Rundfunk seinen Auftrag auch in der digitalen Welt erfolgreich erfüllen kann, muss der Gesetzgeber ihm den Freiraum geben, sich weiterzuentwickeln und die technischen Möglichkeiten des Netzes nutzen sowie den Veränderungen im Nutzerverhalten Rechnung tragen zu können.



Grimme
Institut

Ruth Hieronymi

Vorsitzende des WDR-Rundfunkrates

Zunächst ist zu klären, welche Art der Meinungsbildung im Internet für die Medienregulierung von Relevanz ist. Die relativ klare Trennung zwischen persönlicher, nicht-öffentlicher Kommunikation auf der einen und öffentlicher Kommunikation und Meinungsbildung auf der anderen Seite wird im Internet mit der Entwicklung der sozialen Medien zunehmend aufgehoben. Notwendig ist deshalb eine angemessene und zukunftsorientierte Analyse der sich entwickelnden veränderten Strukturen der Meinungsbildung im Internet.

Aus dem systematisch geographische und technologische Grenzen überschreitenden Charakter des Internets folgt für die Medienregulierung deshalb

- die stärkere Bedeutung internationaler Regelungen,
- die Notwendigkeit neu zu definierender Maßnahmen zur Vielfaltssicherung und
- neue Formen zur Kontrolle, vor allem Instrumente zur kontrollierten Selbstregulierung.

Erika Bock-Rosenthal

Vorsitzende Initiativkreis Öffentlicher Rundfunk Köln

Es kommt darauf an, die Vielfalt und Qualität unserer Medien zu erhalten – auch in Zeiten der wachsenden Bedeutung des Internets, der technischen Konvergenz, der Globalisierung der Medienmärkte und der zunehmend individualisierten Nutzung. Klassischer Rundfunk und entsprechende Telemedien sind keine Handelsware wie jede andere, sondern Kulturgut, das unsere Gesellschaft geprägt hat und zur Beständigkeit und Lebendigkeit unserer Demokratie wesentlich beiträgt. Die digitale Welt braucht auch Regeln. Wir sollten zukunftsweisende medienrechtliche Regelungen treffen, die die Brüche und Widersprüche angehen, die wir heute schon konstatieren – zwischen Europarecht und Rundfunkstaatsverträgen, Länderkompetenz und Bundesrecht. Auch in Zukunft brauchen wir einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der sich in der digitalen Welt entwickeln kann und dessen Angebote ohne Mühe und ohne Verfälschungen aufzufinden sind. Und noch etwas: Demokratie entwickelt sich über Argumente und Sprache. Wenn auch die Medienwelt sehr komplex ist, bleibt es doch die Aufgabe von Politik und Medien, einfach und verständlich zu diskutieren. Erst dann fühlt sich die Öffentlichkeit (für die der Rundfunk da ist) einbezogen und nicht ausgeschlossen.

Pressekontakt

planpunkt

Gesellschaft für Pressearbeit & Public Relations mbH

Stephan Tarnow / Carla Meyer

Telefon 0221 91 255 710

post@planpunkt.de